Nama Traditional Leaders Association - 24. Mai 2019

Nichts über uns ohne uns

Antwort an den Namibischen Botschafter in Deutschland auf einen Deutschen Marshallplan für den Genozid an Nama und Ovaherero

Die Nama Traditional Leaders Association möchte diese Gelegenheit nutzen, um auf die Ansichten des namibischen Botschafters in Deutschland, Herrn Andreas Guibeb, während eines Interviews mit der deutschen Presse einzugehen. In diesem Interview schlug Botschafter Guibeb einen US-Marshall-Plan vor, der den Abschluss des laufenden Verhandlungsprozesses zwischen Deutschland und Namibia im Stil des Völkermords vorsieht.

Erstens verstehen wir als Nama-Führer nicht, welche Stellung der namibische Botschafter in Deutschland bei den Völkermordverhandlungen hat. Nach unserem Verständnis hat die Regierung einen Gesandten ernannt, der in ihrem Namen spricht. Daher wissen wir nicht, in welcher Eigenschaft sich der Botschafter zu einem geplanten Marshallplan für Namibia zur Lösung des Völkermordes äußert. Ist dies die persönliche Position des Botschafters in Bezug auf Reparationen oder ist es die Position der namibischen Regierung? Wir haben keine Antworten auf diese Fragen, weil weder die namibische Regierung noch der namibische Botschafter in Deutschland jemals Gespräche mit den Nama-Führern über ein schlüssiges Ergebnis geführt haben. Wenn es seine persönliche Meinung ist, respektieren wir gerne sein Recht auf seine Meinung, auch wenn wir darum bitten, uns zu unterscheiden, da es in unserem Recht ist, dies zu tun.

Zweitens wollen wir wissen, was die Grundlage für die moralische und historische Verpflichtung ist, auf die sich der Botschafter bezieht? Ist das nicht eine moralische und historische Verpflichtung im Zusammenhang mit dem Völkermord an Nama und Ovaherero? Wenn ja, wie treffen Parteien außerhalb der Führer von Nama und Ovaherero Entscheidungen und Schlussfolgerungen in Bezug auf den Völkermord, der speziell auf diese Gruppen ausgerichtet war, ohne ein einziges konstruktives Engagement mit solchen Führern? Völkermord wird nicht gegen eine Regierung verübt. Sie wird gegen bestimmte Personen, in diesem Fall die Nama und die Ovaherero, eingesetzt. Vielleicht müssen unsere nationalen und internationalen Führer die Vernichtungsbefehle lesen, die in Wirklichkeit juristische Dokumente sind. Es ist unvorstellbar zu denken, dass eine Regierung über genau diese Menschen sprechen und Entscheidungen treffen kann, ohne mit ihren Führern zu sprechen. Es macht keinen logischen Sinn.

Die Vernichtungsbefehle von Trotha sind juristische Dokumente, die dazu bestimmt waren, die Tat, die ein Völkermord gegen die Nama und die Ovaherero ist, rechtlich zu rechtfertigen und tatsächlich auszuführen. Die Verträge, die sowohl von General Von Trotha

als auch von Leutwein mit den Nama Chiefs unterzeichnet wurden, sind rechtsverbindlich.

Dokumente, gegen die die deutschen Generäle und Verwalter verstoßen haben. Diese Rechtsdokumente wurden mit keiner namibischen Regierung unterzeichnet, daher gibt es keine Rechtsgrundlage für die namibische Regierung, etwas mit der Bundesrepublik Deutschland zu vereinbaren, es sei denn, die gleichen Personen, mit denen diese Dokumente unterzeichnet wurden und gegen die die Vernichtungsanordnungen rechtmäßig erklärt wurden, sind nicht die Determinanten für ein endgültiges Ergebnis. Solange die beiden Regierungen nicht mit den Menschen zusammenarbeiten, gegen die der Vernichtungsbefehl verhängt wurde, setzen die Regierungen die Verletzung ihrer Menschenrechte konsequent fort, für die sie vor Gericht gestellt werden können. Die Nama-Führer werden keinen Deal zwischen einer Regierung abschließen, die ihre Rechts- und Menschenrechte verletzt und die nicht in den Rahmen der Rechtsakte und ihrer Folgen fällt.

Selbst wenn es einen namibischen Marshallplan geben sollte, kann er nie endgültig sein und wird keinen endgültigen Abschluss bringen, solange die Regierung ohne uns weiterhin in unserem Namen spricht. Die Juden verfolgten trotz des US-Marshallplans immer noch Reparationen, weil es im Rahmen ihrer Rechts- und Menschenrechte lag. Der US-Marshall-Plan zielte nie auf die jüdischen Opfer des Völkermords ab. Daher hat der US-Marshallplan die Frage des Holocaust nie abgeschlossen. Ebenso wird jeder Plan, den die beiden Regierungen haben mögen, die Angelegenheit des Völkermords von Nama und Ovaherero nie abschließen, bis sie erkennen, dass sie zum Reißbrett zurückkehren müssen.

Es ist daher unverantwortlich, dass der Botschafter den Eindruck erweckt, dass ein Verhandlungsprozess im Stil des Marshallplans zum Abschluss gebracht wird. Es scheint, dass die vom namibischen Präsidenten gefeierten Entwicklungsprojekte und Herr Polenz einen schönen Namen erhalten haben, um die falsche Illusion von Legitimität zu erzeugen. Es wird nie und die Nama-Führer stehen fest in ihrer Überzeugung, dass niemand, einschließlich des Botschafters in Deutschland, ein Recht darauf hat, Geschäfte ohne ihre Beteiligung abzuschließen. Das wäre ein Verstoß gegen unser gesetzliches Recht, für uns selbst zu sprechen.

Wir, die Nama Leaders, stehen zu unserer Überzeugung: NICHTS ÜBER UNS OHNE UNS.

Dieser Text ist zuerst erschienen in Politik & Kultur 06/2019.

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat